

## **Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, für die Kreistagssitzung am 9. März 2005**

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer;

dies ist, frei nach Friedrich Hebbel, dies ist ein Haushalt, wie ich keinen sah!  
So aufgebläht, so ungeklärt, so vorläufig!

Das ist zunächst einmal eine Feststellung. Eine Beschreibung des Ist-Zustandes, ausgelöst durch eine der größten Reformen, die Deutschland im sozialen Bereich durchführt: die Arbeitsmarktreform, Hartz IV genannt.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Rhein-Kreis Neuss und nicht nur hier haben die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe stets befürwortet. Wir waren immer der Auffassung, dass kein „Bundessozialamt“, sondern nur der Kreis in Zusammenarbeit mit den Kommunen diese Aufgabe gut und im Interesse der Arbeitslosen bewältigen kann.

Leider haben dies Provinzpolitiker aus dem Rhein-Kreis Neuss, die nicht dem Kreistag angehören, verhindert.

Jetzt – und nun wird die Beschreibung dieses Haushalts zur Kritik – jetzt kommt die nächste Blockade. Die sogenannte 50:50-Regelung wird boykottiert.

Natürlich ist dies dann ein legitimes Interesse, wenn man die Arbeitsmarktreform rein fiskalistisch betrachtet. Wenn man mit der Kreisumlage-Regelung mehr Geld in der städtischen Kasse, nach dem Motto „Her mit der Knete“, behält. Wenn Personal im Sozialamt abgebaut werden kann.

Sozialpolitisch ist dies jedoch verheerend.

Wir haben den Eindruck, dass die Mehrheit im Neusser Stadtrat und die Spitze der Verwaltung, nicht aber die Fachebene, sich der Verantwortung für Arbeit suchende Menschen entziehen.

Die selbst verschuldeten Fehlentwicklungen in einzelnen Stadtteilen werden der Kreisgemeinschaft aufgebürdet, in dem die Stadt Neuss sich an den Kosten der Unterkunft nicht ausreichend beteiligen will.

Für sie ist offensichtlich jede Lösung gut, die auf Kosten Dritter ausgetragen werden kann.

Das kann man, wie gesagt, aus falsch verstandenem Eigeninteresse tun, dann sollte man aber bitte auch den Slogan „Neuss – eine soziale Großstadt“ ins Archiv stellen.

Wir Grüne streben jedoch weiterhin an, dass die Kreisgemeinden mitverantwortlich bleiben bei der Arbeitsmarktreform, denn hier geht es um mehr:

Hartz IV ist nur ein Baustein in der Entwicklung der sozialen Stadt, einer Stadt, einer Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird, in der das solidarische Zusammenleben gestärkt und Eigeninitiative, Kreativität und Selbstbestimmung der Menschen gefördert werden. Hierfür gilt es die nötige Infrastruktur in den Stadtteilen, in den Städten und Gemeinden - so auch im Rhein-Kreis Neuss - zu schaffen. Hierfür gilt es aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, Arbeitsplätze zu schaffen.

Warum um alles in der Welt, hat die politische Mehrheit in der Stadt Neuss daran kein Interesse?

Warum werden darüber hinaus notwendige Investitionen, im wahrsten Sinne des Wortes not-wendige Sanierungen etwa in Schulen nicht getätigt, warum ersticken sie im bürokratischen Morast der Ämter und verhindern so, dass Arbeit entsteht?

Es ist wohlfeil auf die Grünen als Arbeitsplatz-Verhinderer zu zeigen, hier, im Kleinen, sieht man, dass mindestens drei Finger auf die Kritikaster und Polemiker zurückweisen.

Wir Grüne haben immer die Forderung mitgetragen, dass die Kommunen um mindestens 2,5 Mrd. € entlastet werden müssen. Aber wir haben auch immer Zweifel gehabt, ob es der richtige Weg ist, Finanzpolitik mit Sozialpolitik zu verbinden. Wir sind der Auffassung, dass es besser ist, Föderalismusreform, Gemeindefinanzreform und Arbeitsmarktreform zu trennen.

Dann wären vermutlich auch nicht die Probleme entstanden, die jetzt im Streit um das Arbeitslosengeld II zwischen Kommunen, Kreisen und dem Bund kulminieren.

Natürlich wird es in der Hektik der Umsetzung falsch deklarierte Einzelfälle geben, die den Bund einiges kosten, doch wer die richtig angelegte Logik von Hartz IV versteht, der hätte schon wissen müssen, dass bei der 3-Stunden-Regelung die Einstufung vieler ehemaliger Sozialhilfeempfänger als erwerbsfähig zu erwarten ist. Das ist doch gerade das Ziel: Möglichst viele dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung zustellen, also Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Eine andere Frage, und darüber entscheiden die nächsten Monate, ist, ob die, die erwerbsfähig sind, auch vermittelbar sind. Hier warten auf die Arbeitsgemeinschaft viele Aufgaben. Auch das ist im Sinne des Sozialgesetzbuches II gewollt: Wer auf den Rollstuhl angewiesen ist, braucht einen angemessenen Arbeitsplatz, wer allein Erziehend ist, braucht eine oftmals ganztägige Kinderbetreuung, wer süchtig ist, braucht eine Therapie und wer HIV-infiziert ist, braucht eine seinen Möglichkeiten angemessene Arbeit. Und hier schließt sich die Linie und es wird ein wirklicher Kreis draus:

Um dies alles zu bewältigen, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben zu können, brauchen wir die Mithilfe der Kommunen vor Ort, auch die der Stadt Neuss. Die 50:50-Regelung hätte hier (Herr Dr. Ammermann, Sie stimmen mir sicherlich zu) Anreize geschaffen. Hätte? – Damit geben wir uns nicht zufrieden.

Curt Goetz hat einmal gesagt:

„Man sollte die Dinge so nehmen, wie sie kommen. Aber man sollte auch dafür sorgen, dass sie so kommen, wie man sie nehmen möchte.“

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wird seit Jahren nicht müde, den fairen und sachgerechten Interessenausgleich zwischen dem Kreis und seinen Kommunen immer wieder anzumahnen. Offensichtlich ist aber die CDU des Rhein-Kreises Neuss, obwohl weiterhin mit knappen und knappsten absoluten Mehrheiten in Stadt und Kreis ausgestattet, nicht in der Lage, diesen Ausgleich herbeizuführen.

Sie haben nicht die Gestaltungskraft, diese wichtige Aufgabe und weitere Probleme der – man muss ja jetzt sagen – der „sogenannten“ Kreisgemeinschaft zu lösen. Und ich frage Sie deshalb mit Blick auf den 22. Mai: Wenn Sie das schon nicht im Rhein-Kreis Neuss schaffen, wie wollen Sie dann ein ganzes Land regieren?

Über die Sozialpolitik hinaus gibt es zwischen dem Rhein-Kreis und seinen Kommunen erhebliche Potenziale für Synergieeffekte:

Abbau von Doppelstrukturen in den Verwaltungen durch interkommunale Zusammenarbeit bzw. Konzentration in einer Verwaltung, aber auch eine mögliche Kooperation zwischen Stadtwerke Neuss und Kreisverkehrsgesellschaft oder zwischen Stadtwerke Neuss und Kreiswerke.

Auch dies hat eine lange Geschichte. 1995 hatte der damalige OKD, Herr Salomon, ausweislich des Kreistagsprotokolls noch Hoffnung, die Frage der Konzessionsabgaben schnell lösen zu können.

Heute, 10 Jahre später, müssen wir, um mit Wolf Biermann zu sprechen, „vor Hoffnung verrückt sein“.

In einem Bereich klappt die Zusammenarbeit anscheinend reibungslos, bei der Internationalen Schule (ISR).

So fragen wir uns denn: Welche Interessen sind hier vorhanden, dass es ausnahmsweise zu solch großen Schnittmengen kommt, zu Gemeinsamkeiten, die alle Beteuerungen wie „Ja, wir wollen der Schule nur Hilfen in der Anlaufphase geben“ - das waren immerhin zusammen 1,5 Mio € - die alle Beteuerungen als „dummes Geschwätz von gestern“ entlarven.

Jetzt ist die Rede davon, der ISR eine Bürgschaft in Millionenhöhe zuzuschancen! Die Kreistagsfraktion der CDU hat bereits zugestimmt, allerdings Bedingungen formuliert, die jedoch – nach eigenem Bekunden - nicht mehr ernsthaft ihre Entscheidung in Frage stellen soll, sonst hätten Sie sich nicht schon mit der Schlagzeile „GO für Int. Schule“ abfeiern lassen.

Wir Grüne machen das grundsätzlich anders: Wir klären erst die offenen Fragen, dann treffen wir eine Entscheidung!

Ihnen aber ist die Maxime der Verhältnismäßigkeit der Mittel abhanden gekommen. Wir sind jedoch besonders wachsam, weil wir – das habe ich schon im letzten Jahr vorgetragen - die ISR als Einstieg in die Privatisierung des Bildungswesens sehen und befürchten, dass, wie die schlechten Erfahrungen aus den USA zeigen, Bildung zur Ware, zu einer Frage des Geldes mit all den sozialen Folgen wird:

„Klippschulen“ für die Armen, gut ausgestattete für die Wohlhabenden – siehe Neuss! Offen ausgesprochen wurde diese Privatisierungsstrategie in der notdürftig als IHK-Veranstaltung getarnten CDU-Wahlveranstaltung am Aschermittwoch in Mönchengladbach.

Gut, dass es da wenigstens das neue Schulgesetz in NRW gibt, das die Genehmigung von privaten Ersatzschulen an bestimmte Auflagen knüpft.

Das vermeintlich Positive der ISR wird mit großem publizistischem Aufwand herausgestellt. Ein Bericht befasste sich auch mit den unverantwortlichen Gedankenspielen eines Geheimzirkels, der nicht nur schlaglichtartig die von Seilschaften geprägten Politikstrukturen im Rhein-Kreis Neuss erhellte, sondern beinahe mit dazu beigetragen hätte, eine bestehende Neusser Schule zu ruinieren. Auf diesem Hintergrund stellen wir Fragen: Wer hat ein Interesse an der ISR? Welche bekannten Neusser (Familien / Leistungsträger) schicken ihre Kinder dorthin? Wie viele der in der Begründung der Privatschule viel zitierten leitenden Mitarbeiter der in Neuss ansässigen international tätigen Firmen melden ihre Kinder dort an – die Antwort des Geschäftsführers der Schule hat hier nichts Erhellendes gebracht. Wer so arrogant antwortet, hat etwas zu verbergen.

Fairerweise muss man sagen, dass die staatlichen / öffentlichen Schulen des Rhein-Kreises Neuss, insbesondere das Berufskolleg in all den Jahren hervorragend ausgestattet worden sind.

Das war und ist richtig und wichtig, das war immer fraktionsübergreifender Konsens und daran sollten sich andere ein Beispiel nehmen. Denn Investitionen in Bildung sind Zukunftsinvestitionen und sinnvolle Wirtschaftsförderung.

In all den Jahren haben wir die Wirtschaftsförderung des Rhein-Kreises Neuss kritisch-konstruktiv begleitet. Das werden wir auch weiterhin tun mit unseren Nachfragen von A bis Z, also zum Engagement in der Außenwirtschaft bis hin zur Aufhebung der Zersplitterung der Haushalts-Stellen in diesem Bereich.

Unser Ziel ist es, die Wirtschaftsförderung zu optimieren, indem wir einzelne Bereiche kritisch prüfen und andere weiter entwickeln. So hat nicht zuletzt durch unsere Kritik die Abgrenzung „Was macht der Kreis, was machen die Kommunen“

deutlicher Konturen bekommen. Andererseits sehen wir keinen Fortschritt darin, dass es kein gemeinsames Gewerbeflächen-Management im Kreis gibt.

Unterhalten müssen wir uns z.B. über die stets positiv dargestellte Filmlocation als Teil des Standortmarketings. Nehmen wir den Tatort „Schürfwunden“, der in allen Anzeigern als Beispiel des Erfolgs herausgestellt wurde.

Aus Sicht der Grünen ein guter Krimi, zeigte er doch den schleichenden Tod, den sozialen Niedergang eines vom Tagebau zu fressenden Dorfes.

Aus der Sicht des Marketings für den Rhein-Kreis Neuss ist der Eindruck jedoch verheerend: Was konnte man sehen? Sterbende Landschaften, Schaufelbagger, die sich lärmend in das Dorf fressen, verhärmte Menschen, Eigenbrötler als Reste einer zerstörten Gemeinschaft, ein böser Niederländer, Bauern, die nicht Trecker fahren können, ein Ortspolizist, der ein Möchte-Gern-Gary Cooper ist und jede Menge Leichenwagen als habe man es mit Dead City zu tun.

Wenn diese Bilder zur prime time im TV gesendet werden, ist das positives Marketing für den Rhein-Kreis Neuss? Glücklicherweise wissen die wenigsten außerhalb des Rhein-Kreises Neuss, dass dies Bilder unserer Landschaft sind – unserer Landschaft, die in Teilen vom Abbagern der Braunkohle geprägt ist.

Garzweiler II ist der Stachel im Fleisch der Grünen und vor allem der Betroffenen. Was haben sich die Befürworter nicht alles erhofft? !

Ein bekanntes Faktum ist jedoch, (ich erinnere an die beeindruckenden Zahlen, die uns Herr Sahnen per Folie im letzten Jahr präsentierte) dass der Arbeitsplatz-Abbau in der Braunkohle weitergeht: laut Geschäftsbericht ist die Mitarbeiterzahl in 2004 erneut um 5,9 % auf 18.149 gesunken, und dass auch der Bau der BoA-Blöcke zu einem weiteren Arbeitsplatz-Abbau in der Braunkohle führen wird.

Ein bekanntes Faktum ist auch, dass die Verbesserung der Energieeffizienz durch BoA weit unter den Möglichkeiten eines GuD-Kraftwerks liegt. Dennoch ist eine Verbesserung als Teil der Zusage von RWE im Rahmen der Genehmigung von Garzweiler II positiv.

Ein relativ neues Faktum ist, dass die Sozialverträglichkeit nur in mühseliger Auseinandersetzung mit dem RWE-Konzern hergestellt werden kann, dass soziale, öffentliche Einrichtungen nicht nur in Neu-Holz, sondern auch in Neu-Otzenrath und Neu-Spenrath fehlen.

Ich wiederhole hier den bereits im Kreisausschuss unterbreiteten Vorschlag: Wir alle sollten RWE auffordern, die Regionalbeiräte aufzulösen und die eingesparten Jahresvergütungen und Sitzungsgelder den Umsiedlern zur Verfügung stellen. Nähme man dann noch die Mittel, die der Konzern für die sogenannte politische Landschaftspflege ausgibt (etwa für Herrn Arentz – Meyer - Kasperek), so hätten die Umsiedler zumindest keine finanziellen Sorgen mehr.

Und dann kam dazu noch ein irres Faktum: Die Feldhamster – Debatte, verursacht durch ein von RWE selbst in Auftrag gegebenes Gutachten. Eine verquere Debatte, die einen an den Rand des Wahnsinns treiben konnte und in der Tat dann auch einige erfasst hat. Deshalb sei es hier deutlich gesagt: Wer mit falschen Zahlen Feldhamster gegen Arbeitslose ausspielen will, ist entweder ein Zyniker oder von Gedächtnisschwund befallen.

Zur Auffrischung die Fakten: Eine Umsiedlung von geschützten Tierpopulationen erfolgt nach EU-Bestimmungen in Umsetzung der auch für die Länder verbindlichen, unter der Regierung Kohl beschlossenen FFH-Richtlinie.

Aber wir haben ja noch Hoffnung: Manchmal gehen Wahnsinn und Genie Hand in Hand. Und dann wird man auch bei wiederhergestelltem klaren Kopf zur Kenntnis nehmen können, dass RWE selbst den Feldhamster nicht als Investitionshindernis

sieht.

Helfen Sie also mit, den Provinzdarstellern auf der Politbühne klar zu machen, dass Stücke wie „Der Feldhamster – unser Arbeitsplatzkiller“, „Wenn der Bayer-Betriebrat zweimal durchknallt“, „Don Jürgen und sein Knappe Karl – gemeinsam gegen das Windrad“ oder „Total return – die Rückkehr der grünen Monster“ nur noch langweilen. Wie wärs denn mit: „In einem Land vor unserer Zeit – Rhein-Kreis Neuss“.

Trotz Garzweiler II wird die Zukunft des Kreises denn nicht von der Braunkohle bestimmt.

Da wir jedoch noch einige Zeit mit ihr leben müssen, gilt es, sie sozial- und umweltverträglich zu steuern. Deshalb müssen auch im Braunkohle-Bereich, aber nicht nur dort, die ab dem 1.1.2005 gültigen, neuen Luftqualitätsrichtlinien der EU eingehalten werden.

Trotz abnehmender Gesamtbelastung treten in direkter Nähe zu den Industrieanlagen immer noch schädliche Luftschadstoffe stark konzentriert auf. Die Luftqualität wird also besonders an den Belastungsschwerpunkten zu den Tagebauen Garzweiler I und II, aber auch an anderen, bekannt prekären Stellen durch Messstationen zu beobachten sein.

Vor dem Hintergrund der neuen EU-Richtlinien sollten zudem in den Bereichen Jüchen, Grevenbroich, Rommerskirchen und Dormagen Luftreinhaltepläne erstellt werden.

„Um Dornröschen zu wecken, ist nur vonnöten, gleich dem Prinzen weit genug ins Gehölz vorzudringen“ (Romain Rolland) – das beschreibt prosaisch die Aufgabe, die vor uns liegt: immer tiefer ins Gehölz einzudringen und Schneisen in die Dornenhecken zu schlagen, denn nur dann, wenn wir das Alte, das Absterbende zurückschneiden, kann sich Neues entwickeln (das hat schon der amerikanische Ökonom Schumpeter Stichwort „Schöpferische Zerstörung“ als Notwendigkeit moderner Wirtschaftsgesellschaften beschrieben).

Fast mantramäßig fordert Bündnis 90 / DIE GRÜNEN an dieser Stelle jedes Jahr ein, die alten, brüchig gewordenen Stützpfeiler des Wirtschaftshauses im Rhein-Kreis Neuss durch neue, zukunftsorientierte zu ergänzen, den Strukturwandel also endlich zu gestalten. Wir werden, - das ist unsere in langen Jahren der Diskussion gereifte Erkenntnis -, die neuen Energien mehr in den Vordergrund stellen müssen. Wind, Sonne, Wasser und Biomasse sind der Kohle überlegen.

Wenn die Repliken von Landrat Patt auf unsere Vorschläge in den letzten Kreisausschusssitzungen ernst gemeint sind, und davon gehen wir aus, dann diskutieren wir demnächst über die „Ölscheichs von Morgen“, die Landwirte, die mit der Bioenergie den Fortschritt gestalten. Dann erörtern wir auch die andere Formen erneuerbarer Energie, Energieeffizienz und die wichtigste Form: die Energieeinsparung.

Auch auf die Debatte konkreter Projekte für die Zukunft der Landwirtschaft und des Verbraucherschutzes auf der Grundlage des vorgelegten Rahmenprogramms inklusive der kritischen Auseinandersetzung mit der Gentechnik freuen wir uns.

Spannend wird auch die Debatte über den Flughafenausbau als Wirtschaftsförderungsinstrument kontra Lärmbelästigung der Bevölkerung.

In den Reihen der CDU sitzen ja Ausbaubefürworter, die dies per Unterschrift dokumentiert haben und so mit ihrem Fraktionschef im Landtag übereinstimmen, der dies eigentlich auch will, sich jedoch hinter dem Angerland-Vergleich versteckt. Auch der Landrat betont immer wieder den Wirtschaftsförderungsaspekt.

Bald steht das Sport-Marketing auf der Tagesordnung. Dafür ist eine Haushaltsstelle geschaffen worden, obwohl noch kein Konzept vorliegt. Das übliche Verfahren. Immerhin wurde ein Sperrvermerk eingerichtet. Wir sind sehr gespannt, welche Vorschläge auf den Tisch kommen und ob die CDU wieder die üblichen Verdächtigen beauftragen will. Wir sind da sehr wachsam.

Wachsam wie Bewohner einer Burg. Die Burg: ich meine nicht den Drehort für die gleichnamige Reality-Farce in Pro Sieben, sondern unsere Burg in Kerpen.

Und nun ein ganz ernsthafter Denkanstoß:

In der Frage „Burg verkaufen oder nicht?“ geht es nicht um den bloßen Erhalt einer Spezialimmobilie. Unser gemeinsames Ziel muss sein, möglichst vielen Kindern einen außerschulischen Aufenthalt, in einem Landschulheim oder in einer Jugendherberge, zu ermöglichen. Das ist von unschätzbarem pädagogischen Wert, wenn Sie sich einmal daran erinnern, was Sie von Ihrer Schulzeit in Erinnerung behalten haben. Da ist dann die Frage zu prüfen, geht das besser mit Burg oder -durch Zuschüsse an die Schulen - auch ohne? Wir bitten im nächsten Schulausschuss um Antworten.

Das Klima zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und seinen Kommunen war noch nie so frostig, siehe das Kämmererpapier zum Haushalt. Noch nie ist auf Kreistagsabgeordnete so eingeredet worden, ja die Millionen rauszugeben, als sei man hier auf Beutezug durch die Kommunen.

Dieses Klima hat die CDU zu verantworten. Sie hat es trotz absoluter Mehrheiten nicht geschafft, einen Haushalt der Klarheit und Wahrheit, einen Haushalt, der die richtigen Schwerpunkte setzt, zu gestalten. Sie sitzt die Probleme aus, sie moderiert statt zu entscheiden, sie verhält sich achselzuckend zu dem nun schon langweiligen Patt-Napp-Evergreen und sie macht dann in alter Wagenburg-Ausbruchsversuchs-Mentalität die Ampelkoalition im Landschaftsverband für die eigene Misere verantwortlich.

Das können wir nicht mittragen.

Deshalb lehnen wir diesen Haushalt ab, bieten Ihnen aber in den bereits genannten Einzelfragen eine konstruktiv-kritische Debatte und die ernsthafte Suche nach tragfähigen Lösungen an. Vielleicht, und damit könnten wir anfangen, gelingt mit unserer Hilfe, mit der Hilfe des gesamten Kreistages ja doch noch das „fifty-fifty“-Projekt ?